

Wohlfahrtsverbände befürchten Verfall von Lebens- und Betreuungsqualität Jugendhilfekosten sind Investitionen, nicht Haushaltslasten!

Wilfried Knorr, Peiting

Mit Bestürzung und großer Sorge um die von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege garantierte Qualität in der Kinder- und Jugendhilfe nehmen der Landesverband katholischer Einrichtungen und Dienste (LvkE) sowie der Evangelische Erziehungsverband in Bayern (eev) die Ankündigung der Bayerischen Staatskanzlei zur Kenntnis, in der laufenden Legislaturperiode erneut einen Anlauf zur Durchsetzung des »Kommunalen Entlastungsgesetzes« zu starten.

Die Gesetzesinitiative ist bereits zweimal, unter anderem aufgrund eindeutig ablehnender Expertenstellungnahmen aus Diakonie und Caritas, von den politischen Entscheidungsgremien verworfen worden. Mehrheitlich wurde die Einschätzung geteilt, dass die Gewährung von Jugendhilfe wie anderer Sozialleistungen keinesfalls von der Kassenlage von Kommunen abhängig gemacht werden dürften.

Der LvkE und der eev weisen darauf hin, dass schon jetzt der Hilfeinleitung ein umfassender Klärungsprozess im örtlichen Jugendamt vorausgeht. Damit ist völlig ausgeschlossen, dass Hilfen als »Luxus« gewährt werden könnten; im Gegenteil stehen stets nachvollziehbare und dringende Notlagen der betroffenen Familien hinter jeder Jugendhilfemaßnahme. Zudem hat sich die Kinder- und Jugendhilfe in den letzten Jahren so ausdifferenziert, dass eine jeweils ganz individuell angepasste Hilfe möglich ist. Im Verlauf der Maßnahme kann gezielt mit dem Instrument des Jugendhilfeplanes gesteuert werden. Der viel beschworene Grundsatz »ambulant vor stationär« macht jedenfalls in der Jugendhilfe keinen Sinn.

Ein generelles Absenken von fachlichen Standards würde Geldverschwendung bedeuten, da die dann eingeleiteten Maßnahmen wirkungslos blieben und die Folgekosten für die Gesellschaft um ein vielfaches höher lägen.

Der LvkE und der eev fordern die Staatsregierung auf, weitere Versuche der Aushöhlung von Rechtsansprüchen, die aus dem Kinder- und Jugendhilfegesetz folgen, aufzugeben. Sie fordern die Staatsregierung auf, die als Begründung für die Gesetzesinitiative behaupteten »starken Kostenanstiege« der Kinder- und Jugendhilfe endlich der Wahrheit gemäß zu korrigieren: Die Kosten sind aufgrund des Ausbaus der Kindertagesbetreuung sowie aufgrund von höheren Fallzahlen gestiegen; die Kosten je Jugendhilfemaßnahme stagnieren hingegen bereits seit Jahren. Der LvkE und der eev fordern die Staatsregierung auf, die hohe Eigenleistung (auch finanzieller Art!) der freien Träger anzuerkennen, die überhaupt erst die derzeitige Qualität der Jugendhilfe garantieren. Der LvkE und der eev fordern die Staatsregierung nachdrücklich auf, den Aufwand für die Familienhilfen als Investition in eine christlich verantwortbare Gesellschaft zu begreifen, statt sie als verzichtbare Haushaltslasten zu diffamieren.

Nürnberg/Augsburg, den 03.04.2006

Wilfried Knorr
Direktor Herzogsägmühle
1. Vorsitzender des EREV
Vorstandsmitglied des eev Bayern
Von-Kahl-Str. 4
86971 Peiting
wilfried.knorr@herzogsaegmuehle.de